

Bezugspreis

Für alle monatlich bei zweimaliger Auslieferung...

Abend-Ausgabe.

Volke-Zeitung

Dreißundfünfzigster Jahrgang.

Anzeige

werden 2. 1/2 Pf. 34mm Br. Millimeter...

Nr. 368.

Halle, Freitag, den 8. August.

1919.

Erste finanzielle Lage Englands.

England auf dem Wege zum Bankrott?

WTB. London, 7. Aug. Reuters. Unterhaus. Chamberlain gab eine sehr ernste Erklärung über die finanzielle Lage ab.

Nachlassende Kohlenförderung in England.

WTB. London, 7. August. Reuters. Unterhaus. Bridgeman teilte mit: Die Kohlenförderung in der mit dem 27. Juli endigenden Woche habe nur 2 1/2 Millionen Tonnen ergeben.

Nach Falkenay stellt sich zur Verfügung.

Berlin, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Generalsekretär von Falkenay hat an den höchsten Posten einen Brief überreicht...

Eine Votumsabstimmung im südlichen Kalifornien bezügl.

WTB. Berlin, 7. Aug. Der „Vorwärts“ meldet: Bekanntlich ist im südlichen Teil des Oberkalifornien Bezirkes...

Zu hart befunden...

Widerung der Waffenstillstandsbedingungen für Ungarn.

Paris, 8. August. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Zeitungsmeldungen hat der Oberste Rat die Waffenstillstandsbedingungen...

„Verhältnismäßige Ruhe“ in Ungarn.

Wien, 8. August. (Eigene Drahtnachricht.) Die aus Budapest heute Morgen hier eingetroffenen Nachrichten besagen, daß in Ungarn verhältnismäßige Ruhe herrscht...

Für die Erhaltung eines stärkeren Heeres.

Ein Versuch an die Entente? Berlin, 8. August. (Eigene Drahtnachricht.) In Bremer Häfen bereits Verladungen innerhalb des...

Kabinetts statt, die sich mit der Frage der Verabschiedung der Heereskräfte auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages befassen.

Die 100 000 Tonnen Heringe.

Ein neuer Schwindel. Berlin, 7. Aug. Amlich. In der Presse wird eine Annonce kommentiert, in der angeblich 100 000 T. verborgene Salzheringe zum Verkauf angeboten werden.

Ein Block der Eisenbahnbeamten?

WTB. Berlin, 8. August. Die „Frankf. Ztg.“ bringt folgende Nachricht, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen.

Ein bolschewistisches U-Boot versenkt.

WTB. London, 7. Aug. Reuters. Die Admiralität teilt mit: Heute früh ist von dem Seestreiter, der in der Ostsee den U-Boot versenkte, ein Telegramm eingetroffen...

Rufstand in Armenien.

Baz, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Im südlichen Armenien ist unter der Führung eines türkischen Obersten ein Aufstand ausgebrochen.

Steuerstreik in Bayern?

Nach verlässlichen Nachrichten, die der „Voss. Ztg.“ zugegangen sind, plant die Unabhängige sozialdemokratische Partei in Bayern einen Steuerstreik.

Die Nationalversammlung und die Siedlungspolitik.

Von Dr. A. Böhm, M. D. N.

Die Periode vor dem Kriege war völlig unfruchtbar auf dem Gebiete der inneren Kolonisation. Der preussische Staat, in dessen östlichen Provinzen der Großgrundbesitz eine überragende Stellung einnahm...

Am 19. Januar 1919 erschien die Siedlungsverordnung der Reichsregierung, angeregt und im wesentlichen angefaßt auf den Gedanken der Heimkehrer.

1. Moor- und Debländereien sollen für die Siedlung in Vorrang genommen werden.

2. Säum- und Staatsdomänen sind nach Ablauf der Pachtverträge für die innere Kolonisation zur Verfügung gestellt werden.

3. Auf sämtliche Güter, die über 25 Hektar landwirtschaftlicher Fläche groß sind und zum Verkauf angeboten, hat der Staat für Zwecke der Siedlung das Vorkaufsrecht.

4. In allen denjenigen Bezirken, in denen der Großgrundbesitz (die Güter mit über 100 Hektar landwirtschaftlicher Fläche) über 13 Prozent der Gesamtfläche inne hat...

Die jedoch östlichen preussischen Provinzen, ferner Schleswig-Holstein, Provinz Sachsen, Mecklenburg, der Freistaat Sachsen-Anhalt und Braunschweig sollen unter dieser Verfügung. Allein auf dem Wege der Enteignung wären 22 Millionen Hektar Land für Siedlungszwecke verfügbar geworden.

Die Nationalversammlung hat von dem Recht Gebrauch gemacht, die Verfügung nachzuprüfen und wesentlichen Änderungen an unternehmen. Dies geschah in erster Linie auf Anregung der Deutschen Demokratischen Partei...

Die allerwichtigste Veränderung geht dahin, daß das zur Verfügung zu stellende Land nicht nur zur Schaffung neuer Siedlungen, sondern auch zur Debung bestehender Kleinbetriebe bis auf die Größe einer selbständigen Kleinbetriebe zur Verfügung zu stellen ist.

Drittens wurde bestimmt, daß das Enteignungsrecht der Besessenen über 100 Hektar auch eintreten sollte, wenn die Fläche der Großgüter in dem Bezirke nicht 13, sondern 10 Prozent ausmacht.

war. Damit war der Landesgesetzgebung die Stellungsmöglichkeit auch im ganzen Süden und Westen des deutschen Vaterlandes ermöglicht. Am nächsten an diesem Werke wurde eine Resolution angenommen, die eine Verordnung verlangte, die

1. es unmöglich macht, daß Pächter, insbesondere solche in kleineren Grundstücken, ohne wichtige Gründe dem Pächter entzogen wird;
 2. soweit eine solche Entziehung ohne wichtigen Grund erfolgt ist, diese rückgängig macht;
 3. ungeachtet hoher Pachtpreise regelt.
- Der Reichsarbeitsminister gab daraufhin folgende Erklärung ab:

„Die Verordnung wird sowohl den Kleinpächter gegen irgendwelche Heberverteilung sichern, insbesondere sich der Besteuerung annehmen. Ich stelle mir vor, daß in ähnlicher Weise, wie in den Städten Wirtschaftsgemeinschaften bestehen, auch hier Einrichtungen geschaffen werden könnten, die es dem kleinen Mann ermöglichen, zu seinem Rechte zu kommen, damit er nicht erst von dieser an jene Stelle vertrieben wird, sondern im üblichen Verfahren sein Recht finden kann.“

Beim Reichsarbeitsministerium, dem die Stellungsmöglichkeiten unterstellt sind, wurde von dem Vorgesetzten Geheimrat Seering ein dauernder Ausschuss zur Bearbeitung der Stellungsmöglichkeit eingesetzt, in dem die demokratischen Abgeordneten und Ausschussmitglieder des Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhm und Schmidt, hals, berufen wurden. Dieser Ausschuss wird auch die zu erwartende Verordnung zum Schutz der kleinen Pächter zu beraten haben. Neben dieser großen Stellungsmöglichkeit gelangte der Entwurf einer Kleinrenten- und Kleinpachtordnung zur Annahme, die die Pächter von kleinen Grundstücken bis zu einem halben Hektar zu schützen unternimmt. Eine genaue gesetzliche Arbeit ist damit vollendet worden. Es fehlen nur noch die Ausführungsbestimmungen der einzelnen Bundesstaaten, die das Reichsamt schon vor Verabschiedung des Gesetzes erließen. Die Kommission der preussischen Landesverwaltungsämter zu Anfang September die Landesverwaltungen der Bestimmungen treffen. Damit sind die starken Widerstände entgegenstehend überwinden, die jahrelang hindern seit Gründung des Reiches eine unumgängliche Stellungsmöglichkeit gehindert haben. Der Sieg des Stellungsmöglichkeiten ist ein so vollkommener, daß offene Widerstände im Parlament nicht in die Erscheinung traten.

Der Großthüringische Staat gesichert?

Weimar, 7. August. Eine für die Bildung des Thür. Gemeinheitsstaates günstige Wendung haben gegenüber den Meinungen der letzten Tage nach Nachrichten aus Weimar die am 6. August dort unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefundenen Verhandlungen des ersten Sitzungs des thüringischen Volkstages genommen. Hierzu hatten alle thüringischen Regierungen auf Einladung des weimarschen Landtagspräsidenten einbezogen, die von Besitzern gewählt wurden, Delegierte entsand. Die Verhandlungen betrafen in der Hauptsache das höher mit Preußen gerichtete. Danach hat Preußen seinen abschließenden Standpunkt definitiv aufgegeben und hat bereit erklärt, gewisse Gebietsteile abzutreten. Die Vertreter Thüringens haben bestimmte Zusagen gegeben und wertschätzend zum Gemeinheitsvertrag zugestimmt. Obgleich in Bezug alles noch von der Volkstimmung abhängt, ist doch der thüringische Gemeinheitsstaat gesichert. Der Wfsatz würde die Bildung des neuen Staates in seiner Weise mehr hindern. Zum Gemeinheitsvertrag wurde ein Antrag beschlossen und eine Resolution angenommen, nach welcher die Weiterförderung des Staates Thüringen soweit als möglich beschleunigt werden soll.

Das Ende der deutschen Güter in Elßaß-Lothringen.

Berlins, 7. August. Der Deutsche Rat von Elßaß-Lothringen sprach in seiner letzten Sitzung den Wunsch nach baldiger Liquidierung der deutschen Güter in Elßaß-Lothringen aus.

Kein Zwang für deutsche Arbeiter zur Arbeit in Frankreich.

Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, daß für den Wiederaufbau des zerstörten Gebietes in Frankreich deutsche Arbeiter mit Zwang herangezogen werden sollen, entspricht, wie wir an zuverlässiger Stelle erfahren, in keiner Weise der Tatsachen.

Bei allen amtlichen Befragungen darüber ist im Gegenteil ausdrücklich betont worden, daß ein Zwang auf die Arbeiterschaft nicht ausgeübt werden soll.

Mit den Arbeiterverbänden haben bisher unverständliche Befragungen über die Frage stattgefunden, die aber zu Vereinbarungen noch nicht geführt haben. Abschlüssliche Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden werden erst dann geführt werden, wenn das Reichskommissariat für den Wiederaufbau errichtet und der Reichskommissar ernannt ist.

Am 9. August tritt unsere neue Verfassung in Kraft.

Der Druck der neuen Verfassung ist nun so weit fertig, geht, daß die Reichsverfassung am Sonnabend im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden kann.

Am diesem Tage, am 8. August, tritt sie mit in Kraft.

Der Staatenausschuss wird in diesem Augenblick aufhören zu bestehen, aber im Reichstag fortleben.

Eine Meinung an die Bergleute.

Zur Kohlenkrise führt der „Vorwärts“ aus, der Meinung, daß die Arbeiter durch die Einführung freier Arbeitstätigkeiten eine Erhöhung der heutigen Lohnbedingungen erzwingen können, mag es wenig, daß seitens Deutschlands alles aufgegeben werde, um eine Förderung der Produktion aus eigener Kraft zu erreichen.

Andersfalls sehen wir uns im Gebiet der gesamten Steintohlenproduktion einer erhöhten wirtschaftlichen Verfallung durch die Entente aus.

Aus dem Tempel geworfen.

Ein kommunistischer Gesandter auf der Hauptversammlung in Wien, 7. Aug. Die Zeit meldet: Der ungarische Gesandte Weisz ist heute nacht nach Verbrennung sämtlicher

Geheimtätigkeiten im Automobil aus Wien geflüchtet. Am Vermittlungsausschuss in der Gesandtschaft ungarische Journalisten und Offiziere, verprügelten das Geheimschutzpersonal und warfen es aus dem Geheimschutzgebäude hinaus.

Wie sich der ungarische Regierungswechsel vollzog.

8000 Bewaffnete für Erzherzog Josef. Budapest, 7. August. Sonderausgaben der Witterung auf Grund von Informationen, die sie vom Ministerpräsidenten Friedrich erhielten, ließ über den Regierungswechsel: Sämtliche ordnungsbefehlende Dramatiken sowie die Beamten sämtlicher Ministerien hielten gestern Konzepte an, in welchen die Lage besprochen wurde. Dabei wurde erklärt, daß der königliche Hof am 6. August Ungarns unserm Feindlich sei, wenn sich nicht jemand finde, der es in zwölf Stunden retze. Darauf begab sich eine größere militärische Deputation nach Mafsch zu Erzherzog Josef und erklärte ihm, die Lösung der Lage in die Hand zu nehmen. Nachdem Erzherzog Josef seine Bereitwilligkeit erklärt und in Budapest mit den Entente-Missionen verhandelt hatte, wurde zunächst die frühere Staatsbesetzung veranlaßt und eine freiwillige Truppe von etwa 8000 Bewaffneten bereitgestellt. Eine Abordnung derselben führte die Abkündigung der bisherigen Minister herbei, die vorübergehend in Gewachraum genommen und später wieder freigelassen wurden.

Der Regierungswechsel vollzog sich in der größten Ruhe und ohne Zwischenfall. Der kommandierende rumänische General, der Unruhen befehligte, hatte die rumänische Garnison bereitgestellt. Sämtliche Militärposten verließen die neue Regierung ihrer wärmsten Unterstützung. Erzherzog Josef wird im Laufe des heutigen Tages sein Offiziers-Palais beziehen.

Zahlreiche Anhänger Bela Kuns verhaftet.

Wien, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Die neue ungarische Regierung hat einen sehr hartnäckigen Widerstand gegen die Bolschewismen und deren Verfolger unter dem Druck der öffentlichen Meinung ausgeübt. Die „Kunyanen“, das Organ der Künepolitik, erscheint nicht mehr. Zahlreiche Anhänger der Regierung Bela Kun wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Man glaubt, daß die Wahlen zur Nationalversammlung eine große Mehrheit für die Wiedererrichtung der Monarchie und für die Wahl des Erzherzogs Josef zum König von Ungarn ergeben würden. Das Gericht, das die Krone dem König von Rumänien übertragen werden soll, sowie die Gerichtsbarkeit der Kaiserin des Königs Karl werden als falsch erklärt.

Eine Militärdiktatur.

Wien, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Am 7. August wurde in Budapest erklärt, heißt dort allgemein die Überzeugung, daß die Entlassung des Erzherzogs Josef mit der obersten Macht und die Einsetzung des Ministeriums Friedrich die Vorbereitung für eine Militärdiktatur bedeutet, die vielleicht schon in den nächsten Tagen errichtet werden dürfte. Es wird jetzt bekannt, daß die Widererrichtung der Monarchie in Ungarn länger Zeit noch vorbereitend war. Noch während der Kommunitarität, fanden hierüber Beratungen in Budapest und Siebenbrunn statt, in denen die Pläne bis ins Kleinste ausgearbeitet waren. Es heißt jetzt, daß die Expedienten gegenrevolutionäre Regierung schon vor langer Zeit sich die Unterstützung Frankreichs für Erzherzog Josef gesichert habe.

Wer herrscht in Russland?

„Die kommunistische Regierung sitzt fest im Sattel.“

Helsingfors, 6. August. Das russische Nachrichtenbüro teilt in Petersburg folgende Ansicht mit: Wir sind ermüdet, zu erklären, daß das verflüchtene Dots verkrüppelte Gericht über angeblühende Verhandlungen, welche die Bildung einer Reaktionsregierung in Russland herbeiführen, von Anfang bis zu Ende pure Erfindung ist. Ebenso sind die abstrusen Gerüchte von angeblichen Militärabsichten des Benins vollständig lächerlich. All dies ist nichts weiter als bloße Fiktion, die mit böswilligen Zwecken verbreitet werden. Die kommunistische Regierung sitzt fest im Sattel, ihre Sieg über Kojak ist nicht mehr zu zweifeln. Nach ihm wird Densin von seinen Los befallen werden. Im Innern geht die organisatorische konstruktive Arbeit der Sowjetmacht allmählich vorwärts. Nur Reaktionen können von Weisem vor dem Feinde der Arbeiterschaft sprechen. Die russische kommunistische Revolution kämpft unentwegt weiter. Ihre Lage befindet sich immer mehr. Sie denkt an kein Weichen. Sie brandmarkt die Anstrenger solcher infamen Ungeheueren Gerüchte als nichtverträgliche Spione und Arbeiterfeinde.“

Der belgische Terror.

Die Stimmung in Cuxener Kreise. Frankfurt a. M., 7. Aug. Aus Kreisen der Cuxener Bevölkerung erhält die Frankfurter Zeitung einen Bericht und einen Appell an die Wähler, in dem es nach einer Schilderung von Fällen belgischen Terrors u. a. heißt: Trotz aller Versicherungen, Zusicherungen und Bedrohungen ist die Zahl der Leute, die für Belgien eintreten, erstreckt kein. Es sind immer der Stantenlose oder Geschäftsleute, die von Belgien einen großen Nutzen erwarten. Die Zahl beträgt einschließlich der Staatenlosen und der anässigen Belgier weit unter 10 Prozent und dürfte bei seiner Abkündigung noch wesentlich niedriger sein. Zwar gibt es der wichtigsten Führer der Landwirtschaft zu den Abkündigungen, doch ist die Stimmung in den meisten Kreisen der Landwirtschaft und selbst bei solchen, welche belgische Staatsangehörige sind, aus nationalen und kulturellen Gründen für Deutschland. Es besteht die Gefahr, daß bei einer öffentlichen Abstimmung der hiesigen schon große Druck sich in dem entscheidenden Augenblick noch verhärtet wird. Die Cuxener appellieren deshalb an das Gewissen der Wähler, damit diese Belgien zwingen, die Art der Abstimmung zu einer menschenwürdigen und einer solchen zu machen, die es den Wählern ermöglicht, ihre Gefinnung zum Ausdruck zu bringen.

Belgien soll Malmedy fest besetzen.

Brüssel, 7. Aug. Wie der „Soir“ mittelt, erhielt das Ministerium des Auswärtigen ein Telegramm von

Marshall Koch, worin Belgien eingeladen wird, das Gebiet von Malmedy, das durch Friedensvertrag dem belgischen Gebiet angefügt wurde, militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

Anklage gegen Cadorna wegen der Niederlage von Karfreit.

Auch in Italien ist man auf der Suche nach Schuldigen. Auch werden jetzt in der Presse Mitteilungen aus dem Bericht der Untersuchungskommission über die italienische Niederlage von Karfreit gemacht, die demnach in der Kammer zur Verlesung kommen werden. Aus diesem geht hervor, daß außer den beteiligten Generalen nicht weniger als 1500 Personen als Zeugen vernommen wurden. Cadorna schied alle Schuld auf die sozialistische Propaganda, die den Widerstand der Soldaten zum Erlahmen gebracht hätte. Die Kommission gelangte jedoch zu dem Ergebnis, daß die Ursache der Niederlage hauptsächlich militärischer Art gewesen sei, und zwar trifft dabei die Hauptschuld Cadorna selbst sowie die Generale Borro, Capello und Caccioppoli. Das höchste Kommando sei gewesen, die Kraft der Truppen in nutzlosen Angriffen zu opfern. Das Verantwortlichste sei der Offiziere sei durch die ihnen erteilte gewöhnliche Behandlung herabgemindert worden. Außerdem wird eine Reihe bestimmter Unterstellungen angeführt, wie die Mangelhaftigkeit der Reserve und die Art der Anlage der Fronten. Der Senat sündigt Donnerstag eine Sonderausgabe mit zahlreichen Belegen an, die die Schuld der Regierung an der Niederlage darlegen sollen.

Mammon für die sogenannten Sieger.

London, 6. Aug. (Reuter.) Das Unterhaus hat Entschlüsse angenommen, in denen allen britischen und Dominionsstreitkräften für ihren Kriegsdienst und für ihre dem britischen Volk erweisenen wertvollen Dienste der Dank ausgesprochen wird.

Außerdem hat das Unterhaus dem Geldgesicht an verbleibende Befehlshaber zur See und zu Lande im Gesamtbetrag von 585 000 Pfund Sterling, darunter je 100 000 Pfund für Haig und Beersing zugeteilt.

Die Arbeiterpartei hat beantragt, die Gesamtsumme auf 200 000 Pfund herabzusetzen. Dieser Antrag wurde aber mit 288 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Der Regierungsantrag wurde mit 274 gegen 64 Stimmen angenommen.

Deutsches Reich.

Immer neue „Schuldige“.

Genf, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) In der französischen Presse werden immer neue Namen von solchen Schuldigen genannt, die vor das Gericht der Verbündeten gestellt werden sollen. Der neueste ist General von Feinrich, Kommandant von Lille, dessen Name dieser Tage wiederholt in dem Berichtsprotokoll Richards erwähnt wird. Er soll u. a. ein Spionagegeschäft zugunsten des Franzosen Jacques an den Kaiser angehalten haben. Man nennt ferner einen Hauptmann Welter aus Magdeburg, der sich während der Kriege in Lille aufhielt und während dieser Zeit Verpflegung und Pelze im Werte von 50 000 Francs entwendet haben soll.

Ueber die deutsch-polnischen Verhandlungen

schreibt die „D. Allg. Ztg.“, daß auf Ersuchen der Reichsregierung eine Antwort des Reichs-Verbandes eingegangen ist, in dem dieser sein grundsätzliches Einverständnis mit der Eröffnung der deutsch-polnischen Verhandlungen in Berlin erklärt, jedoch die Notwendigkeit betont, daß die verbundenen und verbündeten Regierungen als Garantien des Friedensvertrages bei diesen Verhandlungen vertreten sind. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung gegen eine Teilnahme und Vertretung des Verbandes nichts einzuwenden haben wird.

„Unabhängiger“ Obstruktion.

In der Königsberger Stadtverordnetenversammlung haben sich in den letzten Wochen unerwartliche und unbillige Zustände herausgebildet, die durch das unverantwortliche, unvernünftige Treiben der „Unabhängigen“ verurteilt wurden, deren Obstruktionspolitik jede geordnete Arbeitseinstellung unmöglich macht.

Keine Verbreiterung der neutralen Zone.

In einzelnen Wäldern aufgetauchte Gerüchte von einer beschätzlichen Verbreiterung der neutralen Zone entsprechen nicht den Tatsachen. Jedenfalls ist bei den zuständigen Regierungsstellen von einer solchen Absicht nichts bekannt und nach ihrer Überzeugung ist an der Durch den Friedensvertrag getroffenen Regelung nichts zu ändern.

Wochens. 8.

Wien, 8. Aug. (Eig. Drahtnachricht.) Die Wiener Zeit meldet, daß der bisherige ungarische Gesandte Boehm gestern Nacht nach Verbrennung sämtlicher Geheimtätigkeiten im Automobil aus Wien geflüchtet sei. Gestern früh erschienen in der Gesandtschaft ungarische Offiziere und Journalisten, verprügelten das Geheimschutzpersonal und warfen es aus dem Geheimschutzgebäude hinaus.

Ausland.

Die französische Friedensbestimmungen.

Berlins, 7. August. Die Fraktionsvorsitzenden und die Vorherrscher der Ausschüsse der französischen Kammer, die heute vormittag unter Vorsitz des Kammerpräsidenten Delcasse tagten, beschlossen, am Dienstag, den 26. August, die Beratungen über den Friedensvertrag zu beginnen.

Regereit in Afrika.

London, 7. Aug. Ein Streik der Negers in Afrika ist, wie „Europareport“ meldet, die neueste Entwicklung auf dem Gebiet der Arbeiterzustände. In Lagos haben die Schwarzafrikaner die Arbeit niedergelagt und verlangen an Stelle des bisherigen Lohnes von 1 Schilling für den Tag jetzt 5 Schilling. Sie begründen ihre Forderung mit der Teuerung, die in den notwendigen Bedarfsartikeln, wie Reis, Rattun und Schiffszweck, eingetreten ist. Viele Schiffe liegen im Hafen und können nicht laden, da es